



**Wem gehört die Stadt?
Wir holen uns gemeinsam unsere
Stadt zurück!**

**Teilen
statt
spalten!**

Am 09. Juni Die Linke wählen!
Deine Stimme für Deine Stadt.

Kommunalwahlprogramm 2024 für Koblenz
Die Linke Bezirksverband Koblenz / Rhein-Lahn

Die Linke

Bezirksverband
Koblenz / Rhein-Lahn

Einleitung

Statt echter sozialer Wohnbaupolitik, nur noch Wohnungen für die Reichen? Die angebliche „Aufwertung“ von Stadtteilen wie Lützel zeigt: „Aufwertung“ heißt Verdrängung der Menschen aus ihren Stadtteilen, die sich die erhöhten Mieten nicht mehr leisten können. Statt eines Garten Herlet für alle, ein Hilton-Hotel für die Reichen? Auch hier regiert das Kapital, dem Klimaschutzkonzept zum Trotz. Von einer autofreien Innenstadt sind wir noch weit entfernt – denn für die Automobillobby haben die Politiker*innen ein offenes Ohr. Statt einer Gesundheitsversorgung für alle, werden Krankenhäuser weiter ausverkauft, privatisiert, geschlossen. Die drohende Insolvenz des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein (GKM) ist beispielhaft dafür. Statt einer lebenswerten Stadt für alle, werden arme und obdachlose Menschen aus der Innenstadt verdrängt. Und immer mehr Menschen müssen ihr Gehalt mit Zweit- oder Dritt-Jobs aufstocken, weil ihre Arbeit nicht zum Leben reicht. An kulturelle Angebote, die meist viel zu teuer sind, ist da erst gar nicht zu denken.

Diese Beispiele zeigen: Koblenz gehört nicht ihren Bürger*innen, denn viele von ihnen werden ausgeschlossen, benachteiligt, ausgegrenzt.

Wir fragen deshalb: Wem gehört die Stadt?

In unserer Gesellschaft wird versprochen: Du kannst alles erreichen, wenn du dich nur genug anstrengst. Ein verlogenes Glücksversprechen, denn wir wissen längst: Die Ungerechtigkeit in der Bezahlung, die Chancenungleichheit in der Bildung oder die bröckelnde Gesundheitsversorgung haben nichts mit fehlender Leistung zu tun. Vielmehr wird der Wert der Leistung von einigen wenigen abgeschöpft und allen anderen vorenthalten: den Pflegekräften, Erzieher*innen, Lagerist*innen, um nur ein paar Beispiele aufzuzählen. Denen also, die die eigentliche Leistung erbringen. Das Resultat ist: der Ausverkauf unserer Stadt.

Wir Linke sagen daher: Du kannst alles erreichen, wenn wir uns zusammenschließen!

Lasst uns beginnen, unsere Stadt gemeinsam zurückzuholen! Wir möchten eine soziale und ökologische Veränderung, damit alle Koblenzer*innen unabhängig ihres Geldbeutels an ihrer Stadt teilhaben können – auch die nachkommenden Generationen! Wohnen ist ein Grundrecht, daher muss die städtische Wohnbaugesellschaft gestärkt werden. Und wir fordern für jedes Jahr 500 Wohnungen! Wir möchten, dass Bereiche der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand liegen. Was eine Privatisierung anrichten kann, zeigt sich am GKM: Hier waren die Belange der Sana Klinikgruppe (private Aktiengesellschaft) wichtiger als die der Patient*innen und Beschäftigten. Auch der Klimanotstand, den wir (Die Linke-PARTEI. Stadtratsfraktion) gemeinsam mit SPD und GRÜNEN ausgerufen haben, blieb hinter seinen Erwartungen zurück. Wir fordern konsequentes Handeln für den Klimaschutz! Und das geht nur, wenn er zugleich gerecht und sozial ist. Denn wir wollen: System Change not Climate Change! Hierzu gehört gelebte bürgerliche Partizipation – dass hier an vielen Stellen die Stadt versagt hat, zeigt das Beispiel „Schartwiesenweg“ eindrücklich. Damit muss Schluss sein, wir wollen eine partizipative und inklusive Stadt! Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis gegen Rechts, aus dem tatsächliche Handlungen und nicht nur leere Versprechungen folgen. Wer Hass auf sozial Benachteiligte, Queere, Menschen mit Behinderungen und Geflüchtete schürt, hat keinen Platz in unseren politischen Vertretungen!

Lasst uns unsere Stadt gemeinsam zurückholen! Gegen Egoismus, Kapitalgier und Rechtsruck halten wir die Lösung entgegen: Teilen statt spalten!

**Am 09.06. Die Linke wählen.
Deine Stimme für Deine Stadt.**

Inhaltsverzeichnis

1. Wohnen	4
2. Klimaschutz & Nachhaltigkeit	6
3. Gesundheit	8
4. Armutsbekämpfung	10
5. Antifaschismus & Antidiskriminierung	11
6. Arbeit & Wirtschaft	13
7. Verkehr & ÖPNV	15
8. Feminismus, Awareness & Gleichstellung	18
9. Teilhabe, Bürger*innenbeteiligung und Inklusion	20
10. Bildung	21
11. Kultur	23
12. Jugend	24
13. Migration & Flucht	25
14. Tierschutz	27
15. Digitales & E-Government	28

1. Wohnen

Misstand:

Seit Jahren gehen in Koblenz die Mieten durch die Decke – nicht nur bei Neuvermietungen, auch Bestandsmieten steigen und steigen. Während die Reallöhne von der Inflation aufgeessen werden, steigen die Mieten seit Jahren unaufhaltsam an. Es kommt hinzu, dass Investor*innen immer mehr nach Immobilien gieren, sodass Wohnungen zum Spekulationsobjekt werden. Zusätzlich führt die Knappheit von Wohnraum zur sozialen Verdrängung („Gentrifizierung“). Folge ist, dass Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen sich Stadtwohnungen kaum noch leisten können, viele müssen sogar nach Jahren und Jahrzehnten ihre Wohnung und ihren Stadtteil verlassen. Wer eine kleine Rente, ein geringes Einkommen oder Sozialleistungen bezieht, hat jetzt schon kaum eine Chance auf bezahlbares Wohnen. Dies führt auch zu sozialen Spannungen zwischen Gruppen mit geringem Einkommen wie Auszubildenden, Studierenden, Rentner*innen, Bürgergeld-Berechtigten und Geflüchteten. Dabei sind diese Spannungen politisch gemacht – wer zulässt, dass Wohnungen zum Spekulationsobjekt werden, spaltet bewusst uns Mieter*innen und Bürger*innen!

Forderungen:

1. **Städtische Wohnbau Gesellschaft mit verpflichtender Zielsetzung von 500 Wohnungen im Jahr**
2. **Genossenschaftliches Wohnen sowie sozialen Wohnbau ausbauen**
3. **Zweckgebundenheit verpflichten und die Sozialbindung verlängern und erweitern**
4. **Maßnahmen gegen Gentrifizierung wie soziale Erhaltungsgebiete ausrufen**
5. **Sozialquote bei energetischem Sanieren wieder einführen**
6. **Strafabgabe bei Wohnungsleerständen**
7. **Generationenübergreifende Wohnprojekte fördern**
8. **Wohnheime für Auszubildene und Studierende fördern**
9. **Kommunale Gestaltungsspielräume über vertikale Verdichtung ausnutzen**
10. **Recht auf Mietkauf**

Haltung:

Wohnen ist ein Grundrecht, mit dem keine Profite gemacht werden dürfen. Eine gute Wohnung für jede und jeden sollte selbstverständlich sein - sowohl für Single-Haushalte wie Großfamilien. Der Anteil des Einkommens, der für die Miete bezahlt wird, muss wieder angeglichen werden – das geht nur, wenn die Mieten sinken und Einkommen steigen. Kapitalistische Immobilienkonzerne haben eine erhebliche Mitverantwortung für die Mietmisere. In den Wohnungen der Mietgiganten wird besonders häufig eingespart und geschludert. Wo die städtischen Maßnahmen an ihre Grenzen geraten, sollten genossenschaftliche Projekte und nicht-kommerzielle, gemeinschaftliche Beteiligungsgesellschaften Priorität haben. Durch ihre basisdemokratische Organisationsstruktur sind sie geeignet, für günstigen und sozialen Wohnraum zu sorgen und die Stadt punktuell zu entlasten. Neben Instrumenten zum Erhalt der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in einem Stadtteil/Quartier, fordern wir ein Privatisierungsverbot für Wohnraum. Gerade bei Studierenden sind Vermieter*innen, besonders kommerzielle, ausgesprochen dreist, da ein Mensch, der weiß, dass er nur wenige Jahre in einer Stadt verbringt, eher bereit ist, dafür hohe Preise zu zahlen. Und auch Auszubildende müssen wohnen, doch

für sie gibt es kaum eigene Wohnräume. Die Ausbildungsvergütung, die die meisten Azubis bekommen, ist für die Mietpreise in Koblenz bei weitem nicht ausreichend. Daher brauchen wir ein kommunal gefördertes Wohnheim für Auszubildende, damit diese, wie auch Studierende, während ihrer Ausbildung gemeinsam wohnen können.



Foto, Feb. 2023: Auf Einladung des Vereins „Gemeinsam wohnen in der Region Koblenz“ referierte die Bundestagsabgeordnete Caren Lay (Die Linke) aus ihrem Buch „Wohnopoly“ – eine kritische Auseinandersetzung mit der neoliberalen Wohnungspolitik, an der wir Koblenzer Linken uns rege beteiligten.

2. Klimaschutz & Nachhaltigkeit

Misstand:

Zweidrittel der weltweiten CO₂-Belastung wird von nur 100 Großkonzernen verursacht. Trotzdem bittet die derzeitige Politik vor allem die einfachen Leute zur Kasse – Lebensmittel-, Miet- und Energiepreise steigen. Statt die Klimafrage tatsächlich anzugehen, wird weiterhin auf dem Markt vertraut, durch den die soziale Frage weiter zugespitzt wird und Nachhaltigkeit de facto ausbleibt. Dabei ist der menschliche Einfluss auf den Klimawandel wissenschaftlich belegt. Hitzesommer, der steigende Meeresspiegel, Überflutungen und vieles mehr zeigen dies überdeutlich weltweit. Statt unsere Produktions- und Lebensweisen grundlegend zu ändern, betreiben die regierenden Parteien „Greenwashing“ und dies spielt vor allem in die Hände rechter Parteien, die den Klimawandel leugnen. Wer Klimaschutz nicht ernst nimmt, verspielt nicht nur die Zukunft der kommenden Generationen, sondern gefährdet unsere Demokratie.

Forderungen:

1. **Verschärfung des Klimanotstands und ein Strafkatalog für Klimasünden für die Stadt Koblenz**
2. **Neuaufstellung mit mehr Mitsprache der Klimaschutzkommission, besetzt mit NGOs und Wissenschaftler*innen**
3. **Förderprogramm für Solarmodule in einkommensschwächeren Stadtteilen und Genossenschaftsbildungen für größere private Solarmodulbesitzer*innen**
4. **Kostenfreie Energieberatung durch die Stadt und keine Energieabschaltung bei Zahlungsrückstand**
5. **Energetische Sanierung in allen öffentlichen Gebäuden vorantreiben**
6. **Saarkreisel unterirdisch verlegen und eine Anlegung eines Parks als grüne Lunge in Koblenz**
7. **Entsiegelung von Flächen, Verbot von Schottergärten in allen Bebauungsplänen, Schaffung weiterer Wildblumen-Inseln, Grünflächen und Begrünungen (z.B. Dachbegrünung bei Bushaltestellen)**
8. **Baumschutzsatzung erweitern und öffentliche Rasenflächen mit Bäumen ausstatten**
9. **Ausbau von Wasser- und Trinkbrunnen und des Projekts „Essbare Stadt“**
10. **Förderung & Ausbau von regionalen Märkten nach Vorbild vom Markt in Ehrenbreitstein sowie Orientierung am „Cittaslow-Konzept“ nach Vorbild von Deidesheim**

Haltung:

Konsequenter Klimaschutz muss gerecht und sozial sein. Uns ist es wichtig, dass jeder Mensch, unabhängig vom Einkommen, ein Anrecht auf einen neutralen Klimaabdruck hat. Wir bitten nicht die einfachen Leute zur Kasse, sondern die Verursacher, die Großkonzerne: Wir wollen Umverteilung für einen sozialen und ökologischen Systemwechsel. Ohne Kapitalismuskritik, ohne die Kritik an ein ständiges Mehr an Ressourcenausbeutung, Mehr an Gewinn und Mehr an ungerechter Verteilung ist aus unserer Sicht kein nachhaltiger Klimaschutz zu bewältigen. Dazu gehören für uns faire Handelsbeziehungen, sichere Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne, nachhaltige Produktionsweisen und

eine Orientierung am Tierschutz. Dafür stehen wir an der Seite der jungen Klimabewegung und fordern: System Change not Climate Change!



Foto, Juli 2023: Wir haben uns von Beginn an für den Verbleib des Garten Herlet eingesetzt – und wir werden das weiterhin tun!

3. Gesundheit

Misstand:

Die Marktlogik im Gesundheitswesen wurde mit Druck auf die Beschäftigten und Personalabbau eingeführt und Konzerne machen hohe Gewinne auf Kosten der Infrastruktur und Kommunen. Im Krankenhaus und in der Langzeitpflege fehlen jeweils mindestens 100.000 Pflegekräfte (u.a. nach Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung 2018)! Viele Pflegekräfte haben aus Frust und Erschöpfung ihren Beruf verlassen. Die, die geblieben sind, sind völlig überarbeitet und erschöpft. Doch die großen angekündigten Reformen im Gesundheitsbereich reichen bei weitem nicht aus, um den Notstand in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu stoppen. Die Unterfinanzierung wird nicht beseitigt, weder im ambulanten noch im stationären Bereich. Private Konzerne und Investoren können weiterhin mit unseren Versicherungsbeiträgen und Zuzahlungen das große Geld machen. Auch niedrigere Fallpauschalen (DRGs) führen dazu, dass die Krankenhäuser auf Profit und Wettbewerb ausgerichtet sind und nicht auf die Bedürfnisse der Patient*innen und der Beschäftigten. Damit muss Schluss sein! Wir alle sind potenziell Patient*innen oder entwickeln einen Pflegebedarf. Wir erwarten zu Recht, dass wir in Pflegeheimen, Krankenhäusern und im ambulanten Bereich gut versorgt werden. Das Personal und die Beitragszahler*innen sind die Träger des Gesundheitswesens, nicht ein Konzern.

Forderungen:

1. **Vollkommene Rekommunalisierung des Gesundheitsversorgung und der Seniorenheime**
2. **Erfüllung der Ein-Standort-Lösung und Modernisierung der städtischen Gesundheitsversorgung**
3. **Personalförderung im Gesundheitssektor durch vergünstigten Wohnraum**
4. **Förderung Aufklärungs- & Versorgungsstellen durch die Stadt mit Fokus auf Schwangerschaftsabbruch, Sexarbeit & Menstruation**
5. **Städtische Informationskampagnen für die Thematik Schwangerschaftsabbruch**
6. **Dynamisierte Förderung von Medinetz**
7. **Anonymer Krankenschein für Menschen ohne Papiere oder nicht ausreichend Versicherte**
8. **Drogen-Check-Stellen und Vergabe von sterilen Spritzen**
9. **Personalschlüssel im Gemeinschaftsklinikum erhöhen**
10. **Bessere Bezahlung für Pflegepersonal**

Haltung:

Gesundheit ist keine Ware. Kommunale Gesundheitsversorgung hat die Bedürfnisse der Menschen im Fokus. Dazu gehört wesentlich die Versorgung von Opfern sexueller Gewalt. Es muss klar ersichtlich sein, wohin im Notfall gegangen werden kann und Anlaufstellen müssen gut zu erreichen sein. Betroffene müssen sich sicher, ernstgenommen und aufgefangen fühlen. Wir wollen keine Unterschiede zwischen einer privaten und gesetzlichen Gesundheitsbehandlung! Gesundheit ist einer der wichtigsten Teilbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge. Jedoch gehen die fortschreitende Privatisierung der Krankenhäuser auf Kosten der Bürger*innen und unter diesen vor allem auf Kosten von sozial Schwächeren, denen der Zugang zur Gesundheitsvorsorge erheblich erschwert wird. Des Weiteren wird die Leistungsbandbreite eingeschränkt und der Personalbestand verringert. Wir sagen: Gesundheit ist

ein Menschenrecht. Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand und der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss allen Menschen gewährleistet werden! Wir setzen uns vehement gegen die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen ein, dazu gehören auch die Krankenhäuser und Seniorenheime. Sie gehören in öffentliche Hand, damit der Personalschlüssel wieder eingehalten wird und Krankenpfleger*innen nicht in ständiger Unterbesetzung arbeiten müssen. Ihre Arbeit ist überlebenswichtig!



Foto unten links, Dez. 2024: Seit über 7 Jahren machen wir an 4 Samstagen im Dezember unsere „Aktion gegen soziale Kälte“. Wir verteilen Essen, Getränke, Hygieneartikel und Kleidung an Bedürftige.
 Foto oben rechts, März 2024: Mit einem Stand vor dem Rathaus haben wir auf die drohende Insolvenz des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein (GKM) hingewiesen. Im Stadtrat kämpfen wir weiterhin für die Rekommunalisierung des GKM. Dafür haben wir auch eine Petition erstellt: <https://www.change.org/p/gesundheit-ist-keine-ware-petition-f%C3%BCr-den-erhalt-des-gemeinschaftsklinikums-mittelrhein>

4. Armutsbekämpfung

Misstand:

Obdachlose werden in Sammelunterkünften hohen Infektionsrisiken ausgesetzt. Die soziale Ungleichheit hat zugenommen. Wir wollen einen demokratischen Sozialstaat, der soziale Garantien gibt, das gesellschaftliche Leben durch soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastrukturen stärkt und für gute und planbare Erwerbsarbeit sorgt, die sicher ist und zum Leben passt. An einer Politik, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen. Der Sozialstaat ist ein Grundsatz unserer Gesellschaft und für die Menschenwürdegarantie unverzichtbar. Armut in einem reichen Land ist moralisch einfach nicht vertretbar und die Bemühungen von Koblenz reichen hinten und vorne nicht. In Koblenz werden besonders verstärkt Versäumnisse dem Ehrenamt überlassen. Wir Linken finden die Arbeit von „die Tafel“, Medinetz und anderen NGOs in allen Maßen anerkennenswert und ehrenhaft, dass es aber diese Arbeit benötigt, ist in aller Deutlichkeit Staatsversagen!

Forderungen:

1. **Notfonds für Energieabschaltungen und kostenfreie Energieberatung**
2. **Dynamisierung der Förderung von den Sozialträgern**
3. **Ausbau Sozialarbeit**
4. **Trennung von Sozialamt und Ordnungsamt**
5. **Förderberatungsstelle für NGOs**
6. **Housing-First Ausbau**
7. **Keine Verdrängung, sondern Hilfsangebote schaffen**
8. **Obdachlose Menschen mit Hunden müssen eine Anlaufstelle bekommen**
9. **Defensive Architektur abbauen**
10. **Kältebus ausbauen**

Haltung:

Armut und soziale Ausgrenzung sind keine Naturereignisse, sondern haben gesellschaftliche Ursachen. Das heißt aber auch, dass sie bekämpft werden können. Der profitorientierte Kapitalismus produziert systematisch soziale Ungleichheit, Ausgrenzung und Armut. Dabei ist Armut auch ein demokratisches Problem: Politische Entscheidungen richten sich zunehmend nach den Interessen der oberen Einkommensschichten; die Anliegen der armen Bevölkerungsgruppen werden systematisch ausgeblendet – so stellt es der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung fest. Als Folge sinkt das Vertrauen armer Menschen in die Demokratie. Selbst wer Arbeit hat, ist vor Armut nicht sicher: Nach Daten des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung waren rund 10 Prozent der Menschen arm trotz Erwerbstätigkeit. Armut ist in Deutschland ein Gesundheitsrisiko – nicht nur mit Blick auf Corona. Arme Menschen sind eher von Vereinsamung bedroht, sie haben eine geringere Lebenserwartung und sind höheren Belastungen durch Umweltprobleme ausgesetzt. Wir fordern nicht weniger als die vollkommene Teilhabe aller Menschen in Koblenz, unabhängig von ihrem Geldbeutel!

5. Antifaschismus & Antidiskriminierung

Misstand:

Die rechte Gefahr ist größer denn je. Wir wenden uns in aller Deutlichkeit und mit hohem Engagement gegen rechte, rassistische und antisemitische Gewalt und Hetze gegen Menschen, aber ebenso gegen Alltagsrassismus, antisemitische Positionen und demokratiefeindliche Einstellungen. Menschen mit Migrationsgeschichte, Geflüchtete, queere Menschen, Obdachlose, Menschen mit Behinderung, linkspolitische Menschen – insbesondere für sie sind diskriminierende und menschenverachtende Erfahrungen Teil ihres Alltags: auf der Straße, auf der Arbeit, in der Freizeit. Die AfD und ihr Treffen mit Neonazis in Potsdam sowie der Anstieg gewalttätiger Übergriffe auf Migrant*innen machen den erhöhten Handlungsbedarf genauso deutlich wie Joachim Paul mit seinem Büro in Koblenz, der hier u.a. einen Vortrag von Martin Sellner zur „Remigration“ veranstaltet hat. Wir sind die Lippenbekenntnisse der Stadt und der anderen Parteien leid! Die Gefahr von Rechts ist wieder zum gesellschaftlichen Alltag geworden und macht sich in den Parlamenten und unserem Stadtrat breit: Wir müssen endlich handeln!

Forderungen:

1. **Maßnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus**
2. **Unabhängige Meldestelle für institutionellen Rassismus**
3. **Erinnerungskultur ohne Ehrung der Namen der Täter**
4. **Uneingeschränkte Ausgrenzung der AfD**
5. **Gelebten Antifaschismus durch die Stadt ehren und fördern**
6. **Stolpersteine größeren Fokus geben**
7. **Deutsches Eck, Kriegsdenkmäler und ähnliche Denkmäler mit historisch kritischen Erklär-Tafeln versehen**
8. **Antidiskriminierungsstelle amtsübergreifend etablieren**
9. **Denkmal für queere verfolgte und ermordete Menschen im dritten Reich aufstellen**
10. **Gedenkveranstaltungen zum Tag der Befreiung 08.05. und feste Verankerung es Esther-Bejarano-Festivals**

Haltung:

Wir zeigen seit Jahrzehnten klare Kante gegen Rechts, sei es auf Demonstrationen, in Bündnissen gegen Rechts, in antifaschistischen Strukturen und selbstverständlich im parlamentarischen Raum: Auf unser Engagement im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss geht die im Koalitionsvertrag aufgenommene „Enquetekommission Rassismus“ zurück, welche Maßnahmen zur Eindämmung von Rassismus und Diskriminierung empfohlen hat. Wir drängen seit dem Abschlussbericht auf die vollständige Umsetzung der Maßnahmen dieser Kommission. Weiterhin setzen wir uns in allen Parlamenten für eine kontinuierliche Aufdeckung extrem rechter Strukturen ein, da wir an den NSU-Morden gesehen haben, dass der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem versagt hat. Wir fordern zudem eine bessere Sensibilisierung von Staatsanwält*innen, Richter*innen und Polizist*innen für neonazistische, rassistische und antisemitische Straftaten sowie den Ausbau von Betroffenenrechten in Verfahren. Und das geht nur, wenn klar aufgezeigt wird, dass die Extremismustheorie nicht nur falsch ist, sondern die AfD

sowie rechtsextreme Gruppierungen relativiert. Zu einem gelebten Antifaschismus gehört für uns die Förderung der Gedenkkultur. Wie es Esther Bejarano auch gewollt hat, möchten wir, dass der 8. Mai zum gesetzlichen Gedenktag wird und wollen eine feste Verankerung des Esther-Bejarano-Festivals in Koblenz. Zudem ist uns wichtig, migrantische Selbstorganisationen zu fördern und ihnen Öffentlichkeit und Mitsprache zu verschaffen.



Foto, Jan. 2024: Die Demo gegen Rechts in Koblenz mit weit über 5.000 Teilnehmenden haben wir mit initiiert und organisiert.

6. Arbeit & Wirtschaft

Misstand:

Dass man von seiner Arbeit leben kann, gilt schon lange nicht mehr. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Kettenbefristungen und ein von Stress getriebenes Umfeld sind für viele Alltag. Wichtige gesellschaftliche Arbeit wie in der Pflege, im ÖPNV, im Einzelhandel oder auf den Baustellen wird schäbig entlohnt und Menschen in ihrer Arbeit nicht wertgeschätzt. Doch statt gute Arbeitsplätze zu schaffen sowie gut zu entlohnen, bereichern sich die wenigen Unternehmen an unserer Arbeitskraft und vermehren ihr Kapital und verspekulieren es, um noch mehr draus zu machen. Unsere Körper werden verschlissen, für Freunde und Familie bleiben kaum Zeit, der Mensch wird durch Arbeit ausgebeutet: So funktioniert der Kapitalismus. Leittragende sind wir alle und insbesondere Frauen, die immer noch weniger verdienen, Alleinerziehende, Geringqualifizierte, Menschen, die in die Arbeitslosigkeit geraten, Menschen mit Migrationsgeschichte, sog. mobile Beschäftigte aus dem europäischen Ausland sowie Menschen mit einer Behinderung. Lebenslang arbeiten und doch nicht von seiner Rente leben können: Das ist die Zukunftsperspektive des Kapitalismus für unsere Gesellschaft.

Forderungen:

1. **Vermittlung eines Manteltarifvertrags im Hotelgewerbe**
2. **Kettenbefristungen, sachgrundlose Befristungen sowie die Förderung von Teilzeitarbeit verhindern**
3. **Erhöhung der Sozialstandards bei Vergabe von Aufträgen der Stadt: Von Lieferkettengesetz bis zur einer lückenlosen Tariftreue**
4. **Homeoffice Möglichkeiten, Kinderbetreuung sowie Vereinbarkeit von Arbeit und Familie für alle Angestellten der Stadt ermöglichen**
5. **Städtisches Angebot zur Gesundheitsberatung, Work-Life-Balance sowie zur Beratung fachlicher Reflexion**
6. **Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit sozio-ökologischen Aspekten erweitern und Start-Up-Förderung im Technologiezentrum und im neugebauten Pier56 ausbauen**
7. **Einführung von gezielten Förderprogrammen für kleine und mittelständische Unternehmen, insbesondere im Bereich erneuerbare Energien, nachhaltige Produktion und Digitalisierung als Schnittstelle zum Tourismus**
8. **Einrichtung öffentlicher Räume zur kostenfreien Nutzung von Work-Share-Plätzen**
9. **Verpflichtende Ausbildung bei den Beschäftigten des Ordnungsamtes**
10. **Förderung von Partnerschaften und Solidaritätsprojekten zwischen Koblenz und anderen Städten für faires, nachhaltiges Wirtschaften und gute Arbeitsbedingungen**

Haltung:

Wir kämpfen gegen Ausbeutung und Unsicherheit am Arbeitsplatz und setzen uns für gute Arbeitsbedingungen für alle ein. Wir stehen ein für einen Mindestlohn von 15 Euro, Sozialversicherung in jedem Arbeitsverhältnis und eine 30-Stunde-Woche. Wir sind Menschen, keine Maschinen – die Arbeit bildet einen wesentlichen Teil unseres gesamten Lebens, daher müssen wir sie demokratisieren und die Mitsprache der Beschäftigten in den Betrieben stärken. Tarifverträge wollen wir allgemein

verbindlich machen. Dafür stehen wir an der Seite der Gewerkschaften. Denn ein gutes Leben beginnt mit guten Arbeitsbedingungen.



Foto <https://verkehrswende.koblenz.mobi/> Wir unterstützen den „Verkehrswendeplan für Koblenz“, der von verschiedenen Aktivist*innen erarbeitet wurde und u.a. eine autofreie Innenstadt vorsieht.

7. Verkehr & ÖPNV

Misstand:

Der immer weiterwachsende Verkehr beschleunigt den Klimawandel und schadet der Lebensqualität. Wir müssen es also schaffen, Menschen und Güter sicher an ihr Ziel zu bringen und gleichzeitig den Verkehr insgesamt zu verringern. Das ist möglich, wenn wir auf gemeinsame, öffentliche Verkehrsmittel umsteigen und den Gütertransport vom Lkw auf die Schiene verlagern. Die Regierung scheitert an dieser Aufgabe voll und ganz. Milliardensummen fließen noch immer in umweltschädlichen Straßenneubau und Flugverkehr. Vielerorts fehlt hingegen das Geld für Busse, Bahnen und Radwege. Auf den Straßen herrschen Stress, Stau und Lärm. Die Belastung trifft vor allem diejenigen, die es sich nicht leisten können von Hauptverkehrsstraßen wegzuziehen. Gleichzeitig profitieren kriminelle Manager*innen und Aktionär*innen der Automobilkonzerne, die jahrelang mit gefälschten Abgaswerten betrogen haben. Der Schaden wird auf die einfachen Leute abgewälzt. Damit machen wir Schluss.

Forderungen:

1. **Umsetzung der Pläne „Verkehrswende Koblenz“**
2. **Abschaffung des Wabensystems**
3. **Ticketpreise senken und Sozialticket kostenfrei anbieten**
4. **Freie Fahrt für Kinder, Jugendliche, Azubis, Student*innen und Rentner**
5. **Autofreie Sonntage im Stadtgebiet und gleichzeitige kostenlose Nutzung des ÖPNV**
6. **Längere Ampelintervalle, Inklusion hört nicht auf dem Fußweg auf**
7. **Fahrrad-Netz mit echten Fahrradstraßen ausstatten**
8. **Flussbusse**
9. **Mehr Zebrastreifen – Diagonalüberquerungen**
10. **Seilbahn kommunalisieren und ausbauen**

Haltung:

Eine klimaneutrale Mobilität mit kostenfreiem ÖPNV für alle ist möglich, wir verstehen sie als öffentliche Daseinsvorsorge. Daher ist es besonders bedenklich, dass Menschen in ländlichen Regionen durch fehlende ÖPNV-Netze ausgegrenzt werden – Koblenz muss für die umliegende Region gut erreichbar sein und zwar für alle. Wir fordern daher eine Mobilitätsgarantie auf dem Land. Für Koblenz wollen wir eine Innenstadt, die sich der Perspektive von Fußgänger*innen, Fahrradfahrer*innen und dem ÖPNV verschreibt – also weg von der Priorisierung des Autoverkehrs. Hierzu gehört für uns, dass sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im ÖPNV gravierend verbessern. Eine solche „Verkehrswende Koblenz“ ist gut für uns Bürger*innen, da die Unfallgefahr sinkt und Abgase und Lärm weniger werden. Sie ist auch gut fürs Klima und bereichernd für die Lebensqualität im Zusammenleben von Mensch, Tier und Natur.



Die Printkarte und der digitale Beitrag werden unter der Bedingungung des Creative Commons License CC BY-ND 4.0 veröffentlicht

Kontakt:
Rosa-Luxemburg-Stiftung
St. der Pariser Kammerstr. 8
10243 Berlin

Inhaltliche Konzeption und Redaktion:
Anastasia Bliznizov und Adriana Yee Mayberg
Design: monospace GbR
Druck: Media Service GmbH Druck und Kommunikation

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

4 **GENEHSPEZIFISCHE MOBILITÄT**
Jeder Morgen ist für Neodar ein Wettrennen gegen die Zeit. Sie zahlt ihren Sohn alleine auf und fährt bereits vor dem Frühstück, muss sie mehrere Situationen überleben: Kita, Supermarkt, Arbeit. Sie rennt gegen die Zeit und oft verpasst sie den Bus, der leider unregelmäßig fährt.

5 **WIR KÖNNEN AUCH ANDERS!**
Am Frühstückstisch kommen Heidy und Finn ins Gespräch. Heute haben alle eine Bittel von der Hausverwaltung bekommen. Aufgrund der Inflation werden die Betriebskosten um 61% erhöht. Finn ruft Meen Gehalt und nicht erhöht. Wie soll das gehen?

6 **KOLLEKTIVE RÄUME FÜR DIE NACHBARSCHAFT**
Modular gebaute Mehrfamilienhäuser, wie wir sie meist als Plattenbau kennen, beherbergen Einzelhandels- oder Handwerks- in vielen Fällen rechnen sich diese Gewerbe nicht und viele dieser Räume bleiben leer.

7 **ÜBER NACHT ERBAUT!**
Familie Adami hat bereits seit fünf Jahren in der Siedlung am Rand der Stadt. Sie kamen auf der Suche nach Arbeit in die Stadt, eine Wohnung mit bezahlbarer Miete haben sie nicht gefunden. Start-bereit haben sie ein kleines Stück Land und bauen dort zunächst eine sehr einfache Hütte.

8 **RECHT AUF WASSER, RECHT AUF STADT!**
Viele informelle Siedlungen liegen weit am Rand der Städte und sind teilweise nicht an die städtische Infrastruktur angebunden. Deswegen sind Bewohner dieser Siedlungen oft gezwungen, sauberes Trinkwasser aus dem Supermarkt zu kaufen. Oft bauen die Familien mit eigenen Mitteln Wasserleitungen.

9 **WENN DU WILLST, DASS ES GUT WIRD, DANN MACH ES SELBST!**
In München sind die Mietpreise und Immobilien nicht nur in der Nutzung des Landes, sondern auch die Häuser in Selbstbauweise gedacht. Das ist wichtig, um den selbstorganisierten Ausweg aus der Wohnungsnot zu schaffen. Auf der anderen Seite werden keine Mittel bereitgestellt, um die Gebäude auf Dauer der Anforderungen entsprechend umzubauen.

10 **EINE FRAGE DER KLIMARECHTIGKEIT**
Mit der Zunahme der Klimafolgen stellen sich auch kommunalpolitisch neue Fragen: Wer zahlt für die notwendige Anpassung der Städte an die Folgen des Klimawandels? Wissen-schaftler warnen schon schon lange davon aus, dass Extremwetterereignisse wie Stürme, Dürren und Überschwemmungen zunehmen werden. Die Frage, ob der Staat für folgende Schäden aufkommen muss, ist jedoch noch ungeklärt.

1 **NEUE WOHNUNG, NEUES LEBEN?**
Die Lewentiks haben ihr gelstes Leben im Stadtzentrum gewohnt. Vor kurzem erhielten sie ein Schreiben mit dem Inhalt, dass die Wohnung und Garten für ein Lux-hohen Preisen

2 **GENÜGUNG UND SORGEARBEIT**
Frau Robinson und ihre Familie haben das ganze Leben im Stadtzentrum gelebt. Im diesem Viertel hat die Familie auch seit 1990 ein Hütgeschäft betrieben. Sie verkaufen traditionelle Hüte, Kapsis, Mützen und alle rundum Allendings hat sich in den letzten Jahren ihre Ladentüre stark erhöht und die Nachfrage für ihre Hüte ist gesunken. Heute ist ein Vertreter der Modekette MADA mit einem Angebot gekommen.

3 **TÜRSTIFTUNG UND PREKARIERUNG**
Yasmin arbeitet seit einem Jahrzehnt in ihrem Stadtteil in einem Kulturzentrum. Mit der Entwick-lungsstrategie der Stadtverwaltung soll dieses Viertel zu einem attraktiven Ort für Touristen und Menschen aus der dörigen Stadt werden. Das Kulturzentrum wird nun als ein inter-nationales Musikfestival wählen wollen.

Diese Karte basiert auf der digitalen interen Karte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Karte ist ein Produkt des Bildungsportals LINX der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

7 Teile und nutze diese Materialien für deine Bildungsarbeit.

Feministische Städte

Konzept der feministischen Städte der Rosa Luxemburg Stiftung: www.rosalux.de/news/id/50030/die-feministischen-staedte

1 In diesem Material wird häufig von "Frauen" gesprochen, während der Begriff "FLINTA" (Frauen, Lesben, Inter-, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen) nur selten verwendet wird. Der Begriff "Frauen" ist hier bewusst gewählt. Er sollte die Geschichte und Aktualität der Ausbeutung von Frauen in heteronormativen Familienbeziehungen verdeutlichen. Die Perspektive bietet aber keine vollständige Erzählung von Diskriminierungsereignissen und feministischen Kämpfen in der Stadt.



1 NEUE WOHNUNG, NEUES LEBEN?
Wohnen sollen die Lernort sein? Die Neubau-Projekte am Bergpark sind sehr teuer und sie können sich das nicht leisten, die aber von Jahren von Legehenden befruchteten ist.

2 GENTRIFIZIERUNG UND SOBERARBEIT
Wo soll Frau Rummeln jetzt? Lokale HändlerInnen werden durch multinationale Ketten verdrängt und der Wohnraum wird oft durch liberale Kurzzeitvermietungen zweckentfremdet. Sie übermitteln jetzt die Hausarbeit, habe aber andere Pläne im Leben.

3 ARBEITSTELLUNG ASSOCIARBEIT FÜR SCHAFTSTRATEGIE
Kleinere sind Frauen, eigene Kündigungen, MitarbeiterInnen und sozial benachteiligte Menschen diejenigen, die an solchen von den öffentlichen Sozialstruktur beschritten sind, das ist oft in privaten Unternehmen ankommen und leben.

4 TOURISTIFIZIERUNG UND PREKARIERUNG
Die FestivalmanagerInnen bieten keine festen Verträge, sondern werden abgelehnt. Lokale KünstlerInnen und die MitarbeiterInnen überlegen sich den Hauptplatz zu besetzen und das Kulturzentrum zu übernehmen.

5 FESTIVALISIERUNG KOMMUNIKATIONSPREKARIERUNG
Immer mehr lokale Öko-Belegungen werden durch neue Festivals, Strukturen für die Bevölkerung, die energiepolitische Ziele erreichen, werden, sozial nicht integrieren und die geschlechtliche Ungleichheit verstärken.

6 FINANZIALISIERUNG UND WOHNEWENDE
Nadja und Finn lassen einen Flyer und laden zu einem Treffen mit den NachbarInnen ein. Gemeinsam werden sie beschäftigen, wie sie den Wohnraum für alle sichern können.

7 FINANZIALISIERUNG UND WOHNEWENDE
Wir können auch anders! Nadja und Finn lassen einen Flyer und laden zu einem Treffen mit den NachbarInnen ein. Gemeinsam werden sie beschäftigen, wie sie den Wohnraum für alle sichern können.

8 GEMEINSCHAFTSPEZIFISCHE MOBILITÄT
#SOBERARBEIT ERSTART DER MÄNNER RAUFBRECHER FÖPFW
Viele Städte bevorzugen heute eine bestimmte Form der Fortbewegung, aber nicht alle. Die meisten Menschen haben kein Auto und sind nicht in der Lage zu fahren. Sie sind oft in der Lage zu fahren, aber nicht alle. Die meisten Menschen haben kein Auto und sind nicht in der Lage zu fahren. Sie sind oft in der Lage zu fahren, aber nicht alle.

9 FINANZIALISIERUNG UND WOHNEWENDE
Wir können auch anders! Nadja und Finn lassen einen Flyer und laden zu einem Treffen mit den NachbarInnen ein. Gemeinsam werden sie beschäftigen, wie sie den Wohnraum für alle sichern können.

10 KOLLEKTIVE RÄUME FÜR DIE NACHBARSCHAFT
#ZWEITHEIT SELBSTVERSORGUNG
Das ist nicht so einfach, wenn es zwar direkt zur Verfügung der Nachbarn steht, aber nicht alle können es nutzen. Es ist nicht so einfach, wenn es zwar direkt zur Verfügung der Nachbarn steht, aber nicht alle können es nutzen. Es ist nicht so einfach, wenn es zwar direkt zur Verfügung der Nachbarn steht, aber nicht alle können es nutzen.

1 UBER MACHT ERBAUHT
Von der Stadtregierung werden die Anlagen gebaut, obwohl sie offiziell kein Recht auf das Land haben und dort nicht bauen dürfen. Dadurch sind sie an das Stromnetz angeschlossen worden, sondern mussten den Zugang zum Strom und Wasserrecht selbst lösen.

2 RECHT AUF WASSER, RECHT AUF STADT
#WASSERVERSORGUNG INFRASTRUKTUR FÖPFW
Nutzungsgerecht, Experimentieren mit Druck und Vorratsspeicherung. Die Wasserwerke sind privat. Die Wasserwerke sind privat. Die Wasserwerke sind privat. Die Wasserwerke sind privat. Die Wasserwerke sind privat. Die Wasserwerke sind privat.

3 DANN MACHT ES SELBST
In informellen Siedlungen wird nicht nur die Nutzung des Landes, sondern auch die selbstgebaute Häuser gebaut. Mithilfe sind besonders die alten Siedlungen feier Teil der Städte und liegen zentral innerhalb der Stadt. Diese Grundstücke sind für Investoren attraktiv. Die potentiellen Profiteure bewegen die Siedlungen zu verdrängen.

4 DANN MACHT ES SELBST
Doch die BewohnerInnen leisten Widerstand. Sie organisieren sich und erörtern SprechereInnen, die am feministischen Bewegungen teilnehmen.

5 EINE FRAGE DER KLIMARECHTIGKEIT
WissenschaftlerInnen gehen schon lange davon aus, dass Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hitzewellen oder Stürme sich häufen werden. Grund dafür ist der menschengemachte Klimawandel. Auch Kommunen müssen in der Stadtplanung immer mehr Klimarisiken miteinbringen. Wie verhält sich die Bevölkerung, oder auch die Präzedenzfälle bei den Extremereignissen? Wie sieht das Folgende?

6 FINANZIALISIERUNG UND WOHNEWENDE
Wir können auch anders! Nadja und Finn lassen einen Flyer und laden zu einem Treffen mit den NachbarInnen ein. Gemeinsam werden sie beschäftigen, wie sie den Wohnraum für alle sichern können.

7 FINANZIALISIERUNG UND WOHNEWENDE
Wir können auch anders! Nadja und Finn lassen einen Flyer und laden zu einem Treffen mit den NachbarInnen ein. Gemeinsam werden sie beschäftigen, wie sie den Wohnraum für alle sichern können.

8 FINANZIALISIERUNG UND WOHNEWENDE
Wir können auch anders! Nadja und Finn lassen einen Flyer und laden zu einem Treffen mit den NachbarInnen ein. Gemeinsam werden sie beschäftigen, wie sie den Wohnraum für alle sichern können.

9 FINANZIALISIERUNG UND WOHNEWENDE
Wir können auch anders! Nadja und Finn lassen einen Flyer und laden zu einem Treffen mit den NachbarInnen ein. Gemeinsam werden sie beschäftigen, wie sie den Wohnraum für alle sichern können.

10 FINANZIALISIERUNG UND WOHNEWENDE
Wir können auch anders! Nadja und Finn lassen einen Flyer und laden zu einem Treffen mit den NachbarInnen ein. Gemeinsam werden sie beschäftigen, wie sie den Wohnraum für alle sichern können.

8. Feminismus, Awareness & Gleichstellung

Misstand:

Die Revolution der Geschlechterverhältnisse ist nicht nur unvollendet, sondern wird durch das zunehmende Erstarken rechter und autoritärer Kräfte sowie der voranschreitenden Militarisierung gefährdet. Dies betrifft Frauen sowie alle queeren und alternativ lebenden Menschen, deren Recht auf Selbstbestimmung auf dem Spiel steht – ihre Diskriminierung und ihr umfassender Ausschluss aus der Gesellschaft ist offizielles Ziel rechter und autoritärer Kräfte.

Hinzu kommt, dass in unserer kapitalistisch-patriarchal strukturierten Gesellschaft weiterhin Macht und Geld fest in den Händen der Männer ist. So sind in allen bundesweiten Parlamenten Frauen eine Minderheit, ihr Anteil ist sogar rückläufig. Im weltweiten Ranking weiblicher Anteile in nationalen Parlamenten besetzt Deutschland Platz 45! In Koblenz zeigt sich das u.a. daran, dass weniger als ein Drittel der Stadträt*innen weiblich sind. Dass Frauen weniger mitgestalten können, ist auch in Koblenz an der Stadtplanung sichtbar, in der z.B. Wohn- und Lebensumstände von Frauen kaum Berücksichtigung finden (z.B. zu enge Gehwege für Kinderwägen). Weiterhin verdienen Frauen im Schnitt weniger Geld und sind mehr von (Alters-)Armut betroffen (insb. alleinerziehende Mütter). Sie übernehmen den Großteil unbezahlter Sorgearbeit (sog. „Care-Arbeit“) und sind viel häufiger Gewalt ausgesetzt, darunter sexualisierter Gewalt. Auch hinsichtlich von Gesundheitsfragen werden Frauen benachteiligt und bekommen z.B. im Schnitt eine schlechtere Schmerzbehandlung als Männer. Die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit und die Gleichstellung von queeren Menschen ist also noch in weiter Ferne.

Forderungen:

- *Wir wollen eine feministisch ausgerichtete kommunale Politik und Verwaltung. Wir fordern:*
 - Verbindliche Maßnahmen zur Förderung von Frauen und queeren Menschen in der Kommunalpolitik wie sie z.B. von Theresa Lambrich („Die Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik“) für die Stadt Koblenz eruiert wurden
 - Mehr Budget und Mitsprache für die Gleichstellungsstelle und für Queerbeauftragte sowie Förderprogramme für mehr Frauen* und queere Personen im Stadtrat und der Verwaltung
 - Ein städtisches Awareness-Konzept, welches insbesondere Sexismus in allen Formen bekämpft
 - Geschlechtergerechte Sprache der Stadt und Stadtverwaltung
 - Sanktionen für frauen- und queerfeindliche Äußerungen von Amtsträger*innen (z.B. Rüge)
- *Wir wollen Räume und Schutz für Frauen und queere Personen schaffen und Geschlechtergleichheit fördern. Wir fordern:*
 - Ein queeres-/FLINTA* Zentrum für Koblenz und die Region
 - Infoabende und Anreize für Elternzeit, die vermehrt von Vätern genommen werden soll
 - Ausbau öffentlicher Angebote für Kinderbetreuung
 - Bessere finanzielle Ausstattung für Frauenhäuser

- Öffentliche Toiletten für alle Geschlechter
- Kostenfreie Menstruationsartikel und Safer-Sex-Mittel (z.B. Kondome und Lecktücher) in öffentlichen Einrichtungen, im Nachtleben und bei Beratungsstellen
- Verbindliche Schutzkonzepte für Sexarbeit sowie Verrichtungsboxen mit anliegenden Beratungsstellen und Förderprojekte, die Sexarbeiter*innen über ihre Rechte aufklären und ihre gesellschaftliche Anerkennung fördern
- *Wir wollen eine Stadt, die Feminismus lebt und sichtbar macht! Wir fordern:*
 - Ein feministisches Stadtplanungskonzept, in der die Belange sowie Wohn- und Lebensumstände von Frauen und queeren Menschen verbindlich berücksichtigt werden
 - Eine städtische Resolution und Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, um den 8.3. als landesweiten Feiertag einzuführen nach Berliner Vorbild
 - Verbotstafeln „Stoppt Gewalt“ an öffentlichen Plätzen nach Grazer Vorbild
 - Verbot sexistischer Werbung im öffentlichen Raum
 - Denkmäler (z.B. für Clara Zetkin) und Straßennamen von Frauenrechtler*in und engagierten queeren Personen, auch mit regionalem Bezug
- *Die Nacht gehört auch uns! Wir fordern:*
 - Kostenlose K.O.-Tropfen-Tests in Krankenhäusern sowie in Bars nach Ulmer Vorbild („Knock out? Ulm testet auf K.O.“)
 - Nachttaxis und Anlaufstellen im Nachtleben für FLINTA*-Personen
 - Systematischer Abbau von ‚Angsträumen‘, z.B. enge, dunkle Gasse, unbeleuchtete Straßen (z.B. am Bahnhof Lützel)
 - Förderprogramme für FLINTA*- und queere Feierkultur

Haltung:

Bei allen kommunalen Entscheidungen und der Verteilung von Ressourcen in den Städten und Gemeinden sollen die Auswirkungen auf die Geschlechter sowie die vielfältigen Lebensmodelle beachtet und ihre Gleichbehandlung sichergestellt werden. Dies kann nur gelingen, wenn auch Frauen und queere Personen gleichberechtigt an der Kommunalpolitik teilhaben. Ihre strukturelle Förderung hat für uns daher erste Priorität. Erst dann können wir unserem Ziel näherkommen, aus Koblenz eine „sorgende Stadt“ zu machen, die eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur für die vielfältigen Bedürfnisse der Bewohner*innen sowie ein sicheres Lebensumfeld für Frauen und queeren Personen bietet. Wir bringen die Revolution der Geschlechterverhältnisse weiter voran, dafür streiten wir auf allen Ebenen für Geschlechtergerechtigkeit und bekämpfen insbesondere in den Parlamenten und politischen Vertretungen den Antifeminismus autoritäre und rechte Kräfte.

*Foto, April 2024: Unser neuer Sprecher*innenrat (Vorstand) besteht aus einer weiblichen Doppelspitze – ein feministisches Anliegen, das uns besonders wichtig ist, denn wir wollen Frauen* in der Partei und Politik fördern. V.l.n.r.: Phil Fornalak (Schatzmeister), Lara Thum (Co-Sprecherin), Loriana Metzger (Co-Sprecherin), Sebastian Dohn (Beisitzender).*



9. Teilhabe, Bürger*innenbeteiligung und Inklusion

Misstand:

Kommunalpolitik ist für viele Menschen nicht greifbar. Es fehlt an grundlegender Transparenz sowie einer offensiven politischen Bildung. Die Bürger*innen können z.B. nicht nachvollziehen, wie ihre demokratisch gewählten Vertreter*innen im Stadtrat abstimmen. Insbesondere Menschen mit Beeinträchtigung wird die Teilhabe an Kommunalpolitik verwehrt. Dies beginnt bei fehlenden politischen Beteiligungsmöglichkeiten und wird fortgesetzt durch eine Vielzahl an Barrieren in Form von fehlenden Rampen oder Bordsteinabsenkungen, fehlenden Beschriftungen oder Wegweisern. Teilhabe ist ein demokratisches Prinzip, wird es nicht beachtet, dann konzentriert sich die politische Mitbestimmung auf einige wenige Privilegierte und damit auch auf die Interessen, die nicht teilen, sondern spalten wollen.

Forderungen:

1. **One-Sign-for-all-Prinzip (Ein Zeichen für alle) in allen städtischen Projekten etablieren**
2. **Klare Wegweiser und Info-Points in den Eingangsbereichen aller städtischer Gebäude**
3. **Städtische Gebäude barrierefrei umgestalten und Stadtentwicklung zum Barriereabbau für alle Menschen mit dem Teilhabebeirat konsequent durchführen**
4. **Straßennamen und Stadtkarten auf Laternen mit Reliefschrift versehen**
5. **Aufklärungsoffensive der Stadt über Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen und aktive Förderung von Beteiligung sozial benachteiligter Menschen**
6. **Möglichkeiten für politische Teilhabe für Menschen mit Behinderung schaffen**
7. **Ausweitung der Einwohner*innenfragestunde und online-Angebote**
8. **Livestreaming der Stadtratssitzungen weiter ausbauen (O-Töne und Zwischenrufe übertragen) und Abstimmungsverhalten veröffentlichen**
9. **Zugänglichkeit der Stadtratssitzungen für hörbehinderte Menschen und Übersetzungsmöglichkeiten in einfache Sprache**
10. **Verbot der Streichung von Anträgen aus der Historie in den Sitzungsprotokollen durch den Oberbürgermeister**

Haltung:

Jegliche Barrieren abzubauen, die eine gesellschaftliche Teilhabe verhindern, ist für uns eine primäre politische Aufgabe. Denn Bürger*innen sind Ursprung und Anlass jedes politischen Handelns, ihr Ausschluss ist nicht nur undemokratisch, er verhindert auch aktiv die Selbstbestimmung und Entfaltung von Menschen. Zugleich fördert eine intransparente Gestaltung von Kommunalpolitik den Ausschluss von Menschen, die bereits benachteiligt sind. Wir streiten für eine Politik der Teilhabe und nicht der Privilegierten. Unser Ziel ist eine lückenlose inklusive Gesellschaft.

10. Bildung

Misstand:

Das deutsche Bildungssystem verstärkt soziale Ungleichheit – beginnend im Kindergarten, über Schule, Ausbildung bis hin zur beruflichen Bildung und Weiterbildung. Wissenschaftler*innen sprechen hier vom Matthäus-Effekt: Wer hat, dem wird gegeben. Kinder, die z.B. reiche Eltern haben, Eltern, die über Universitätsabschlüsse verfügen, haben im Bildungssystem gravierend mehr Chancen als Kinder aus armen und sozial schwachen Haushalten. Insbesondere Kinder aus Arbeiter*innenfamilien sowie Kinder aus migrantischen Familien haben es besonders schwer. Wir leben in einer Gesellschaft, die stark von Wissenschaft und Digitalisierung geprägt ist – wer teilhaben möchte, braucht daher eine gute Bildung und zwar über die gesamte Lebensspanne hinweg. Doch die bereits im Kindergarten einsetzende Ungleichheit schreitet in allen nachschulischen Phasen voran bis hin zum Senior*innenalter. Indem Bildung zu einem Privileg gemacht wird, wird auch eine gesellschaftliche Teilhabe zu einem Privileg. Die Folge davon ist die Spaltung der Gesellschaft und die Entstehung von „Fake News“. Daher ist auch die Streichung von Mitteln für die Bundeszentrale für politische Bildung besorgniserregend: Soziale Ungleichheit wird populistisch ausgenutzt, antidemokratische Haltungen nehmen zu.

Forderungen:

1. **Stärkung und Förderung von Bildungsangeboten für bildungsbenachteiligte Gruppen an allen Bildungseinrichtungen**
2. **Ausbau der Volkshochschule zu einem „interkulturellen Kompetenzzentrum“ und Integration in das Forum Confluentes**
3. **Förderung von Supervisionsmöglichkeiten und Weiterbildungsangeboten zu feministischen, queeren und rassismuskritischen Themen für Pädagog*innen für eine diskriminierungsfreie Schule**
4. **Aufklärungsoffensive zu Weiterbildungsmöglichkeiten für Beschäftigte wie „Bildungsurlaub“**
5. **Ausweitung der Gesamtschulen und Ganztagschulen sowie ihren Ausbau zu „Familienzentren“**
6. **Förderung von Lehrkräften mit Migrationsgeschichte und Ausbau von Bildungsangeboten für geflüchtete Kinder**
7. **Erhöhung des Personalschlüssels in Bildungseinrichtungen sowie mehr Schulsozialarbeit und Integrationslots*innen**
8. **Renovierung und Modernisierung der Schulen und Kitas**
9. **Kostenloses Schulessen und kostenlose Schulausflüge**
10. **Freie Auswahl des Kita-Platzes sowie Ausbau von Kitas und Betreuungsangeboten mit flexiblen Öffnungszeiten und Vernetzung**

Haltung:

Auf Bildung hat man nicht einfach eine Chance, auf Bildung hat man ein Recht und zwar über die gesamte Lebensspanne hinweg. Wir setzen uns daher für ein lebenslanges Lernen ein, in dem dieses zur persönlichen und gesellschaftlichen Bereicherung beiträgt und Bildung nicht zu einem Wettbewerbsfaktor verkommt. Hierzu gehört eine gut finanzierte Ausstattung vielfältiger

Bildungsträger sowie ein längeres gemeinsames Lernen mit deutlich mehr Lehrkräften, Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen. Wir wollen eine Schule für alle sowie einen Fokus außerschulischer Bildungsträger auf bildungsbenachteiligte Gruppen.



*Foto, Nov. 2021: Verschiedene Mitglieder von Die Linke, DIE PARTEI sowie Aktivist*innen feiern den angenommenen Antrag, die „Danziger Freiheit“ in die „Esther-Bejarano“-Straße umzubenennen. Der Antrag wurde federführend von Die Linke-PARTEI.-Stadtratsfraktion eingebracht.*

11. Kultur

Misstand:

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Kultur häufig unter so prekären Bedingungen stattfindet, dass jede Krise zur Existenzbedrohung wird. Befristete, niedrig vergütete Arbeitsverhältnisse und der hohe Anteil von zweckgebundener Projektfördermitteln lassen keine Rücklagenbildung zu und stellen sich als krisenanfällig heraus. Die Corona-Hilfen gingen an den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden vorbei. Besonders darstellende Künstler*innen und Musiker*innen und die Beschäftigten in der Veranstaltungswirtschaft verzeichneten horrende Verluste durch die pandemiebedingten Absagen von Veranstaltungen und Aufführungen. Der Kultursektor wird seit Jahrzehnten geschwächt. Insbesondere der Nachtkultur werden Steine in den Weg gelegt, statt Hilfe zu leisten. Das Ergebnis zeichnet sich im Aussterben der vielseitigen Kulturangebote ab, das ist ein Verlust für alle.

Forderungen:

1. **Ausbau kultureller Freiräume, Förderung von Subkulturen, offenen Bühnen für Straßenmusiker*innen und Künstler*innen**
2. **Förderung des Programm-Kinos, kleinerer Bühnen und des Kabarett**
3. **Kostenloser Zugang zu städtischen Kultureinrichtungen**
4. **Mehr Verwaltungspersonal für Kunstförderung**
5. **Beirat für Künstler*innen schaffen und Nachtkultur-Bürgermeister*in stärken**
6. **Gastronomie und Clubwesen unterstützen und beraten statt mit dem Ordnungsamt zu gängeln**
7. **Barrierefreiheit und inklusive Vermittlung von Kunst zum Pflichtprogramm machen**
8. **Angebote für Veranstaltungsräume erweitern**
9. **Fassaden-Kunstwerke für alle Stadtteile sowie Ausbau von Graffiti-Freiwände**
10. **Interkulturelle und inklusive Kunstprojekte ausbauen sowie Erinnerungskultur fördern**

Haltung:

Kunst und Kultur sind in ihrer Vielfalt für uns alle unverzichtbar. Kunst und Kultur sind Lebensausdruck, sinnstiftend und verbinden uns. Wir wollen eine „Kultur für alle“. Um Chancengleichheit, Inklusion und Vielfalt zu stärken, muss die Kulturförderung weiterentwickelt werden und sich an macht- und diskriminierungskritischen Kriterien orientieren. Vielfalt im Kulturbereich nutzt allen, sie ermöglicht neue Perspektiven und steigert die Attraktivität unserer Stadt. Dazu braucht es partizipative Freiräume für Kinder und Jugendliche wie soziokulturelle Zentren, urbane Club- und Vereinskultur, kommunale Kinos sowie Theater und Orchester. Wir brauchen Orte kultureller Bildung, Bibliotheken ebenso wie Räume für experimentelle Künste, museale Einrichtungen und eine lebendige Gedenkkultur. Voraussetzungen für all das sind gute, existenzsichernde Arbeitsverhältnisse und ausreichende soziale Sicherheit im Kulturbereich.

12. Jugend

Misstand:

Nicht nur durch Einsparungen im öffentlichen Bereich sind Kinder und Jugendliche die Leidtragenden. Sie werden leider allzu oft nicht ausreichend ernst genommen und dass die Politik und Entscheidungsträger*innen ihnen richtig zuhören, ist eine Seltenheit. Durch weltweite Krisen, sei es Krieg oder den menschengemachten Klimawandel, gefährden wir vor allem die zukünftigen Generationen. Auch der erstarkte Rechtsruck ist für Kinder und Jugendliche zukunftsgefährdend. Eine chancengleiche, gerechte und diskriminierungsfreie Bildung ist leider immer noch nicht erreicht. Koblenz muss ihre Anstrengungen unbedingt erhöhen!

Forderungen:

1. **Psychische Gesundheitsunterstützung für Schüler*innen und Pädagog*innen an Schulen**
2. **Ausweitung von Antidiskriminierungs- und Antimobbing-Projekten**
3. **Pilotprojekte für Hunde in Schulen**
4. **Ausbau sozialer Treffpunkte für Jugendliche frei von Konsumdruck**
5. **Ausbau von Spielplätzen, Grillplätzen und Sportplätzen**
6. **Ausbau von freien Graffitiflächen speziell für Kinder und Jugendliche**
7. **Kostenfreie Menstruationsartikel auf allen öffentlichen Toiletten**
8. **Informationskampagnen von der Stadt für Telefonhotline und Beratungsangebote für Jugendliche und Kinder**
9. **Stärkung des Jugendrats und der Mitbestimmung**
10. **Bundeswehrwerbeverbot in Schulen**

Haltung:

Wir sind davon überzeugt, dass die Stadt denjenigen gehört, die darin leben und sie zu dem machen, was sie ist. Die vielen Kinder und Jugendlichen haben ein Anrecht auf Teilhabe und Mitgestaltung! Ihnen muss es ermöglicht werden, in Interaktion und Kooperation mit anderen Mitgliedern der Gesellschaft, die eigenen und die gemeinsamen Lebensverhältnisse zu gestalten. Kinder sind selbst Expert*innen in ihrem Lebensumfeld und in ihren Familien. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche an der Quartiersentwicklung, an politischen Entscheidungsprozessen, in Schulen und Freizeiteinrichtungen oder an der Jugendhilfeplanung beteiligt sind. Ein selbstbestimmter Umgang mit sich und seiner Umwelt inkludiert auch, dass Kinder und Jugendliche hinsichtlich ihres Wohls in ihren Familien, hinsichtlich der Hilfen zur Erziehung und zu ihrem seelischen und körperlichen Schutze an weitreichenden Entscheidungen und alternativen Lösungen beteiligt werden.

13. Migration & Flucht

Misstand:

Bereits 2021 wurde im Stadtrat mehrheitlich beschlossen, Koblenz zu einem „sicheren Hafen“ zu machen – eine Initiative der „Seebrücke“, die wir als Linke unterstützt haben, die jedoch die Stadt bis heute, trotz mehrfacher Nachfragen, nicht erfüllt hat. Lediglich das Bekenntnis zum sicheren Hafen ist da, alles weitere, was konkret zu einem sicheren Hafen führen würde, z.B. über die vorgegebene Quote hinaus Menschen aufzunehmen oder Aufnahmeprogramme zu unterstützen, bleiben aus. Damit wird das Label „sicherer Hafen“ zu einer leeren Hülse. Gleiches gilt für die regierenden Parteien, die zwar die Demonstrationen gegen „Remigration“ unterstützen, jedoch weiterhin eine rassistische Asyl- und Migrationspolitik betreiben, die konkrete Auswirkungen auf die Kommunalpolitik hat, wie das an der „Bezahlkarte“ für Geflüchtete zu sehen ist. Eine solche Politik schadet aktiv Schutzsuchenden, sie schädigt nachhaltig das Vertrauen der Bürger*innen in die Politik und zuletzt spielt sie in die Hände rechter Kräfte. Dabei werden Migration und Flucht nach Europa und Deutschland weiter anhalten – es handelt sich um eine wesentliche Zukunftsaufgabe, die aktiv gestaltet werden muss.

Forderungen:

1. **Geflüchtete dezentral und nicht in Sammelunterkünften unterbringen**
2. **Niemals Bezahlkarte und Zwangsarbeit für Geflüchtete einführen!**
3. **Erarbeitung einer langfristigen Strategie zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten**
4. **Integrationsamt muss eine vom Ordnungsamt unabhängige Behörde werden, mit mehr Personal und Bürokratieabbau**
5. **Aufstockung des Etats der Stadt für Migrationsberatungsdienste und Fördermöglichkeiten für Forschung hinsichtlich der Verbesserung des Ankommens von Geflüchteten**
6. **Wiedereinrichtung einer städtischen Ehrenamtskoordinationsstelle**
7. **Einsatz für einen sofortigen Abschiebestopp bei der Ausländerbehörde**
8. **Ausbau des Kinderbetreuungsangebots für Geflüchtete und Migrierende, die Sprach-/Integrationskurse besuchen und kostenfreie Sprachkurse**
9. **Umsetzung einer barrierefreien Sprache bei Behördengängen und von Verwaltungsangestellten und eine Nulltoleranz-Richtlinie bei institutionellem Rassismus**
10. **Die Umsetzung aller 8 Forderungen der Seebrücke, damit Koblenz tatsächlich zum „sicheren Hafen“ wird**

Haltung:

Wir stehen für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, wir fordern ein Bleiberecht für alle und die Schaffung sicherer Fluchtwege. Bekämpft werden müssen die Fluchtursachen, nicht Geflüchtete! Migration ist eine Bereicherung für Koblenz, daher müssen wir sie aktiv gestalten und Ankommende dabei unterstützen, gesellschaftlich teilzuhaben. Asylsuchende müssen geschützt und für alle die Möglichkeit auf einen dauerhaften Verbleib geschaffen werden. Rechtes Gedankengut setzt auf die Angst der Menschen, in dem sie Geflüchtete dämonisiert und sie ausbeuten möchte. Wir müssen aus unserer Geschichte lernen und klar aufzeigen, dass Menschenfeindlichkeit und Rassismus in Koblenz keinen

Platz haben. Dazu gehört eine Migrationspolitik, die es mit dem „sicheren Hafen“ ernst meint – dafür stehen wir ein.



Foto, Jan. 2023: Gemeinsam mit DIE PARTEI und Seebücke waren wir auf einer Demo in Dierdorf, die sich gegen ein Vernetzungstreffen der AfD stellte. Im Stadtrat hat unsere Fraktion federführend die Forderungen der Seebücke nach einem „Sicheren Hafen“ im Mai 2020 eingebracht.

14. Tierschutz

Misstand:

Seit Mai 2002 hat das Tierschutzgesetz Verfassungsrang und gehört zum Staatsziel – für Tiere bleibt jedoch das Leiden weiterhin bestehen: in der Landwirtschaft, bei Tierversuchen, als Haus- und Heimtiere, in Zoos und in der Natur. Hinzukommt, dass Menschen, die sich für Tierschutz und Tierrechte engagieren, ob individuell oder in Vereinen, zu wenig Unterstützung durch die Kommunalpolitik erhalten. Viele Vereine haben es mit horrenden finanziellen Kosten zu tun, sodass ihre engagierte Arbeit für und mit Tieren akut gefährdet ist. Das hat zur Folge, dass das Tierleid größer, dass unsere Natur weiter gefährdet und schlussendlich ein wertvolles Zusammenleben von Menschen und Tieren geschädigt wird.

Forderungen:

1. **Pflanzenbasiertes Essen soll der Standard in kommunalen Einrichtungen werden und die Verwendung von tierischen Produkten eine Ausnahme darstellen**
2. **Aktive finanzielle Unterstützung von Koblenzer Tierschutzvereinen**
3. **Zuschüsse für Tierschutzvereine für Kastrationen, Erlass der Hundesteuer und die Erhebung einer Pferdesteuer**
4. **Verbot wild lebender Tiere bei Veranstalter*innen wie z.B. bei Zirkusbetrieben, die kommunale Flächen nutzen wollen und genaue Überprüfung z.B. der Tierhaltung im Tierpark Remstecken durch externe Expert*innen**
5. **Verbot des Mitführens, Abbrennens oder Abschießens von privaten pyrotechnischen Gegenständen zum Jahreswechsel und die Schaffung eines alternativen Angebots für die Bürger*innen durch die Stadt**
6. **Aufhebung des Verbots für Haustiere in Sozialämter und Obdachlosen-Unterkünften**
7. **Unterstützung von wohnungslosen Menschen sowie in Armut lebender Menschen mit tierischen Begleitern, z.B. durch die Übernahme von Tierarztkosten und die Förderung von Tiertafeln**
8. **Naturnahe Gestaltung der Stadt, z.B. durch weiteren Ausbau von Wildwiesen, der Einführung einer Entsiegelungsprämie sowie einem Verbot von Schottergärten**
9. **Förderung von Tierschutz- und Umweltpädagogik-Projekten in Bildungseinrichtungen**
10. **Ethikrat für Koblenz**

Haltung:

Wir treten für einen grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und Tieren ein. Am Artensterben, insbesondere am Insektensterben, zeigt sich, wie unser gesamtes Ökosystem aus dem Gleichgewicht kommt und so der Klimawandel weiter begünstigt wird. Mit unserem brutalen kapitalistischen Umgang mit Tieren zerstören wir auch die Lebensgrundlage von uns allen. Für uns sind Tiere keine „Dinge“, kein Mittel zum Profit! Tiere sind fühlende Wesen, auch ihnen gehört die Stadt! Und so müssen wir sie auch behandeln.

15. Digitales & E-Government

Misstand:

Mehr Freiheit, mehr Transparenz, bessere Zusammenarbeit – digitale Abläufe können eine gute Zukunft für uns alle erleichtern. Doch die Stadt und Unternehmen steuern in eine ganz andere Richtung: Sie wollen unsere Arbeit weiter eingrenzen und öffentliche Gelder in Profite umlenken. Eine von den Unternehmen bestimmte Digitalisierung wird die soziale Spaltung vertiefen und die Demokratie untergraben. Wir müssen die Gestaltung der Gesellschaft den Konzerninteressen entziehen. Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft vereinen enorme Marktmacht, machen riesige Gewinne und zahlen dennoch kaum Steuern. Ihre Monopole gefährden die Demokratie. Sie sammeln unsere Daten, erstellen Persönlichkeitsprofile und entscheiden über ihre Algorithmen, welche Nachrichten wir zu sehen bekommen. In vielen Betrieben fallen riesige Datenmengen an, die zur Überwachung der Beschäftigten missbraucht werden. Die Unternehmerverbände wollen die Gelegenheit nutzen, den Arbeitstag zu verlängern und Mitbestimmungsrechte zu streichen. Durch neue Beschäftigungsformen über Online-Plattformen betrügen Unternehmer*innen Beschäftigte um Sozialversicherung, Mindestlohn und Arbeitsrechte. Formell selbständige Beschäftigte arbeiten oft zu Niedriglöhnen, ohne Krankenversicherung oder Kündigungsschutz. Es wird Zeit, E-Government als wichtige politische Aufgabe zu verstehen!

Forderungen:

1. **Freies WLAN im öffentlichen Raum**
2. **Gegen unrechtmäßige Videoüberwachung vorgehen**
3. **ÖPNV muss auch online verbinden, Smart-City für Koblenz etablieren**
4. **Online-Anträge & Service-Chat an Koblenzer Behörden**
5. **Service-Terminals in Behörden**
6. **Koblenzer Politik transparent gestalten**
7. **Koblenzer Schulen digitalisieren**
8. **Glasfaser und 5G überall in Koblenz**
9. **Koblenz App verbessern**
10. **Internet-Café mit Unterstützungspersonal**

Haltung:

Mit dem Begriff der „Smart City“ werden verschiedene Bestrebungen bezeichnet, städtische Infrastruktur mit Informations- und Kommunikationstechnik zu ergänzen und zu vernetzen. Damit verbunden sind Versprechen von Effizienz, Nachhaltigkeit, Inklusion und Sicherheit. Vor allem aber ist „Smart City“ ein Label, unter dem große Konzerne entsprechende Produkte vertreiben und neue Märkte erschließen. Aus unserer Sicht hat die Digitalisierung des städtischen Raums viele positive Potenziale. Sie muss aber politisch gestaltet werden, um nicht zum Einfallstor für Privatisierungs- oder Überwachungsfantasien zu werden. Wenn wir im positiven Sinne von der „Smart City“ reden, dann sind damit nicht Ansätze gemeint, die sich an den Profiten von Unternehmen orientieren, sondern solche, die das Gemeinwohl zum Prinzip haben, eine private und gesellschaftliche Datensouveränität erhalten, die die Bürger*innen ermächtigen und mitreden lassen. Dazu brauchen wir eine neue Rekommunalisierungspolitik im digitalen Zeitalter, die dafür die nötige finanzielle und personelle Ausstattung haben müssen. Daten, die im Rahmen der Digitalisierung städtischer Infrastruktur anfallen

oder erfasst werden, dürfen nicht der Verfügungsgewalt von Unternehmen unterliegen. Wo immer möglich, sollten sie zudem im Sinne von Open Data der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Am 9. Juni ist
Kommunal-
wahl

**Teilen
statt
spalten!**

Die Linke

© 2017 Die Linke, Berlin

*Foto, April 2024: Spitzenkandidat*innen für den Stadtrat 2024, v.l.n.r.:
Annette Vollmar, Oliver Antpöhler-Zwiernik, Daniel Steinhauser, Loriana Metzger, Sebastian Dohn, Ursula
Rosenbaum.*



Kommunalwahlprogramm 2024 für Koblenz
verabschiedet am 21.04.2024

Die Linke Bezirksverband Koblenz / Rhein-Lahn

Postfach 330127
56045 Koblenz

Internet: www.die-linke-koblenz-rheinlahn.de
E-Mail: sprecherinnenrat@die-linke-koblenz.de

BANKVERBINDUNG:
Sparkasse Koblenz
IBAN: DE49 5705 0120 0000 2822 51
BIC: MALADE51KOB

*Foto Deckblatt, April 2024: Mitgliederversammlung,
an der das Kommunalwahlprogramm einstimmig verabschiedet wurde.
Foto unten, April 2024: Spitzenkandidat*innen für den Stadtrat 2024, v.l.n.r.:
Annette Vollmar, Oliver Antpöhler-Zwiernik, Daniel Steinhauser, Lorian Metzger, Sebastian Dohn, Ursula
Rosenbaum.*

